



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Kreistag

Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 29.07.2025

Niederschrift

zur Sitzung des Kreistages

Sitzungstermin Donnerstag, den 10.07.2025, 16:32 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum
1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Nicole Anfang

Dr. Barbara Aßmann

André Bär

bis 17:44 Uhr

Andreas Benoit

Ina Bisani

Markus Bösel

Susanne Brandenburg

Annette Braun-Kohl

Dirk Brixius

Marlon Buchholz

Heinrich Burghaus

bis 17:04 Uhr

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Ulrich Düchting

Detlef Ehlert

Souhaila El Ghanou

Susanne Elm

André Feist-Lorenz

Felix Freitag

Schabestan Gafori

Christian Gartmann

Jens Geyer

Alexandra Gräber
Brigitte Hagling
Martina Hannewald
Dr. Heimo Haupt
Nora Herrguth-Mertens
Thomas Hoffmann
Tobias Horn
Gabriele Hruschka
Rainer Hübinger
Dr. Bernhard Ibold
Ingmar Janssen
Rudolf Joseph
Marc Kammann
Andreas Kanschat
Dirk Kapell
Annette Kirchhoff
Marion Klaus
Martina Köster-Flashar
Thomas Küppers
Roman Lang
Nils Lessing
Claudia Luderich
Waldemar Madeia
Annette Mick-Teubler
Renate Petschull
Günter Pollmann
Wolfgang Preuß
Maximilian Rech
Anna Meike Reimann
Dieter Roeloffs
Annerose Rohde
Helmut Rohden
Carola Rotert
Michael Ruppert
Peter Rusche
Sybille Schettgen
Annegret Schiffers
Rainer Schlottmann
Andreas Seidler
Stefan Stahlkopf
Dr. Norbert J. Stapper
Alexander Steffen
Margret Stolz
Udo Switalski
Elke Thiele
Hartmut Toska
Dietmar Viehöver
Ewald Vielhaus
Klaus-Dieter Völker
Dietmar Weiß
Peter Werner
Elizabeth Yeboah

ab 16:53 Uhr

Verwaltung

Noah Advena
Philipp Gilbert
Nils Hanheide
Daniela Hitzemann

Nico Hüsgen
Dr. Stephan Kopp
Jutta Pilz
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Tim Schwarz
Dr. Michael Sus
Gabriele van Eck

Gäste

Karsten Kunert	bis 17:35 Uhr
Nina Theberath	bis TOP 18.1
Mark Walsleben	bis TOP 18.1
Mila Walter	bis TOP 18.1

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.04.2025
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen des Kreisjugendrates
5. Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
6. Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien 01/009/2025
7. Nachtragsstellenplan 2025 10/007/2025
8. Befreiung von der Erstellung des Gesamtabschlusses 2024 20/002/2025
9. Jahresabschlussentwurf 2024 20/004/2025
10. Behandlung der Bilanzierungshilfe ab dem Jahr 2026 20/008/2025
11. Schulentwicklungsplanung Berufskollegs - Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik" am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen 40/013/2025

- | | | |
|-------|--|---------------|
| 12. | Umzug des Förderzentrums Mitte, Standort Erkrath, an den Campus Sandheide | 40/014/2025 |
| 13. | Investitionszuschuss für die Umgestaltung in Schloss Hardenberg | 41/007/2025 |
| 14. | Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft | 38/006/2025 |
| 15. | Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitle: X15) | 61/027/2025 |
| 16. | 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW | 61/029/2025/1 |
| 17. | Resolution an die Landesregierung – Abschaffung der Kita-gebühren
Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 | 01/007/2025 |
| 18. | Nachträge | |
| 18.1. | Planung der Umgestaltung Knotenpunkt K13/Garather Weg in Monheim
Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 30.06.2025 | 23/021/2025 |

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 19. | Informationen der Verwaltung | |
| 20. | Grundsatzbeschluss zur Liegenschaft "Kasernenstraße" in Düsseldorf | 20/009/2025 |
| 21. | Nachträge | |

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.04.2025

Die Niederschrift über die Sitzung vom 10.04.2025 wird genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Verwendung des auf den Kreis Mettmann entfallenden Anteils an den Jahresüberschüssen der Kreissparkasse Düsseldorf:

Landrat Hendele berichtet über die Ergebnisse und Empfehlungen der Verwaltungsratssitzung sowie Sitzung der Trägerzweckverbandsversammlung der Kreissparkasse Düsseldorf. Nachdem der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil an den jährlichen Jahresüberschüssen der Kreissparkasse Düsseldorf stets der Sicherheitsrücklage der Kreissparkasse Düsseldorf zugeführt worden sei, verblieb der auf den Kreis Mettmann entfallende Anteil am Jahresüberschuss 2023 (im Jahr 2024) erstmals im Kreishaushalt. Gleiches solle mit dem Anteil am Jahresüberschuss 2024 passieren. Im 3. Quartal 2025 werde verwaltungsseitig eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht, welche auch einen Grundsatzbeschluss zum künftigen grundsätzlichen Verbleib des Anteils im Kreishaushalt (bis zu einem entsprechenden Signal der Kreissparkasse Düsseldorf) enthalten werde.

Zu Punkt 4: Informationen des Kreisjugendrates

Frau Mila Walter berichtet über die Arbeit des Kreisjugendrates sowie perspektivisch geplante Projekte.

Nach dem Rücktritt von Mark Walsleben in der Februar-Sitzung übernehme nun Niclas Thomé die Position des Sprechers und werde sich engagiert für die Belange der Jugendlichen im Kreis einsetzen.

Im Zuge der Cannabis-Legalisierung im vergangenen Jahr habe Anfang Juni ein Präventionsseminar in Zusammenarbeit mit den Suchtberatungsstellen der kreisangehörigen Städte stattfinden können. Ziel sei es gewesen, den Schülerinnen und Schülern nachhaltig zu vermitteln, was Cannabis sei, wie sich Sucht entwickle und wo Hilfsangebote für Betroffene und deren Umfeld zu finden seien.

Geplant sei zudem eine Podiumsdiskussion auf Kreisebene, während die Jugendgremien der Städte vergleichbare Veranstaltungen im lokalen Rahmen umsetzen.

Da für viele Jugendliche in diesem Jahr die erste Wahl anstehe, möchte der Kreisjugendrat verstärkt politische Bildung fördern. Neben dem Wahlvorgang sollen auch die Aufgaben des Kreistags und des Landrats vermittelt werden. Angesichts der Wahlergebnisse – auch bei den Junior-Wahlen – werde deutlich, dass es mehr Aufklärung benötige, damit junge Menschen als Erstwähler die Tragweite ihrer Entscheidung erkennen und kritisch mit Wahlversprechen umgehen können. Der Rechtsruck und aktuelle politische Entwicklungen betreffen insbesondere die Generation, die deren Folgen noch jahrzehntelang erleben werden.

Die bevorstehende Sanierung der A59 im Herbst stelle den Südkreis vor große Herausforderungen. Der Kreisjugendrat fordere eine bessere Taktung von Bussen und S-Bahnen sowie einen engen Austausch zwischen den betroffenen Städten und den Verkehrsunternehmen, um den ÖPNV zu stabilisieren und sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schülern, Studierende und Berufspendler ihr Ziel weiterhin erreichen können.

Abschließend dankt Mila Walter dem Kreistagsbüro für die tatkräftige Unterstützung und lädt alle herzlich zur letzten Sitzung der Wahlperiode am 09.09.2025 um 17:30 Uhr ein.

Landrat Hendele dankt für den Bericht und freut sich auf die kommende Sitzung des Kreisjugendrates am 09.09.2025, an der er ebenfalls teilnehmen werde.

Zu Punkt 5:	Fragestunde für Einwohner gem. § 33 Abs. 1 Satz 3 Kreisordnung NRW
--------------------	---

Landrat Hendele stellt fest, dass ihm keine schriftlichen Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen. Er fragt, ob Einwohnerinnen und Einwohner anwesend sind, die Fragen stellen möchten. Dies ist nicht der Fall.

Zu Punkt 6:	Umbesetzungen von Ausschüssen und sonstigen Gremien - Vorlage Nr. 01/009/2025
--------------------	--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde – wie unter Tagesordnungspunkt 1.5 festgestellt – von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 7:	Nachtragsstellenplan 2025 - Vorlage Nr. 10/007/2025
--------------------	--

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Nachtragsstellenplan 2025 wird mit den Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Befreiung von der Erstellung des Gesamtabchlusses 2024 - Vorlage Nr. 20/002/2025
--------------------	---

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung des Gesamtabchlusses 2024 gem. § 116a GO NRW i.V. m. § 53 Abs. 1 KrO NRW fest und beschließt auf die Erstellung des Gesamtabchlusses 2024 zu verzichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 9:	Jahresabschlussentwurf 2024 - Vorlage Nr. 20/004/2025
--------------------	--

Kreiskämmerer Schölzel informiert zum Jahresabschlussentwurf. Nach aktuellen Zahlen bestehe ein Defizit in Höhe 6,2 Mio. €, welches vollumfänglich aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden solle. Eine Beschlussfassung über den Jahresabschluss sei für das 3. Quartal geplant. Zudem sei dies auch erforderlich, da ein größeres Datenbank-Update bei der Finanz-

software bevorstehe. Hiermit verbunden sei, dass keine rückwirkenden Buchungen mehr vorgenommen werden können.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der vom Kreiskämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2024 des Kreises Mettmann wurde dem Kreistag nach § 95 Abs. 5 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) zugeleitet. Der Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2024 wird zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 10: Behandlung der Bilanzierungshilfe ab dem Jahr 2026 - Vorlage Nr. 20/008/2025

Landrat Hendele informiert über die Beratungen zur Bilanzierungshilfe im Kreisausschuss. Die Mehrheit der Mitglieder sei dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt.

Kreiskämmerer Schölzel führt aus, dass es bezüglich des Themas zu intensiven Diskussionen gekommen sei. Die Verwaltung schlage mit der Bilanzierungshilfe eine lineare Abschreibung der corona- und ukrainebedingten Schäden i.H.v. 30 Mio. € über einen Zeitraum von 20 Jahren vor. Er ergänzt, dass er die Annahme, eine Ausbuchung der Bilanzierungshilfe gegen das Eigenkapital des Kreises würde die kreisangehörigen Kommunen schlagartig entlasten falsch sei. Es sei zwar grundsätzlich richtig, dass die angespannte Haushaltslage in den kreisangehörigen Städten Einsparungen, auch von Seiten der Kreisverwaltung, erfordere. Tatsächlich würden die kreisangehörigen Städte allerdings lediglich um 1,5 Mio. € pro Jahr entlastet werden. Vor diesem Hintergrund sei sich die Frage zu stellen, ob das Verhältnis angemessen sei, hierfür gleichzeitig ca. ein Viertel des Eigenkapitals des Kreises einzusetzen. Abschließend fügt Kreiskämmerer Schölzel an, dass es wichtig sei, den Blick nach vorne zu richten und sich bewusst zu machen, dass weitere Mittel existieren, die Kreisumlage niedrig zu halten.

KA Joseph hebt die Vorfinanzierung des pandemiebedingten Mehraufwandes durch die Kreisverwaltung hervor. Um die Schlussabwicklung zu ermöglichen, schließe sich die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an.

KA Madeia erinnert an die beachtliche Zurückhaltung der Kreistagsabgeordneten während der Pandemie bezüglich der Frage, woher das eingesetzte Geld überhaupt stamme. Dem möglichen Verlust von 25 % des Eigenkapitals des Kreises sei im Vergleich zu der sich daraus ergebenden marginalen Entlastung der kreisangehörigen Städte eine höhere Bedeutung beizumessen. Im Zeitraum von 2025 bis 2028 planen die kreisangehörigen Städte mit Verlusten in Gesamthöhe von rd. 800 Mio. €; die Entlastung durch eine Buchung gegen das Eigenkapital würde 4,5 Mio. € in den drei Jahren (2026 bis 2028) bedeuten. Letztlich sei es auch im Interesse der kreisangehörigen Städte, einen finanziell unabhängigen und starken Kreis an der Seite zu wissen. In dieser Hinsicht verweist KA Madeia auf relevante Projekte, die der Kreis in den Städten unterstützt (u.a. Schloss Hardenberg, Planetarium). Darüber hinaus könne die Gesamtsumme als ein zinsloser Kredit des Kreises angesehen werden. Mithin sei eine Abschreibungsdauer von 50 Jahren im Kontext der Generationengerechtigkeit kaum vermittelbar; 20 Jahre und somit eine Generation seien angemessen. Die Forderung aus der Bürgermeisterkonferenz zum Einsatz des Eigenkapitals sei erwartbar gewesen, da die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sich in erster Linie für die Interessen der eigenen Städte einsetzen müssten. Analog erwarte er auch von den Kreistagsabgeordneten, sich für den Kreis einzusetzen. Die CDU-Fraktion werde der Beschlussvorlage zustimmen.

KA Hübinger äußert in Teilen Verständnis für die Haltung der Kreisverwaltung. Die SPD-Fraktion werde jedoch der Argumentation der kreisangehörigen Städte folgen. Die Buchung gegen das Eigenkapital des Kreises würde die Städte zwar nicht retten, es wäre aber ein Anfang. In diesem Zusammenhang spricht er die Möglichkeit eines Paradigmenwechsels beim Verhältnis des Kreises gegenüber seinen Städten an: der Kreis würde nun auf das finanzielle Wohl seiner kreisangehörigen Städte achten und überschüssige Finanzmittel an die Städte zurückführen. Daher lehne die SPD-Fraktion die Beschlussvorlage ab und appelliere gleichzeitig auch, dass es zu einer Gemeindefinanzierungsreform kommen müsse.

KA Kanschat führt aus, dass die Fraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN die Beschlussvorlage mittragen werde. Darüber hinaus seien die Aussagen von KA Hübinger und der avisierte Paradigmenwechsel nicht korrekt, da der Kreis in der Vergangenheit bereits außerordentliche Überschüsse bzw. Rücklagen (Ausgleichsrücklage) an seine Städte weitergereicht habe. Mithin sei es ein falsches Vorgehen, ein Großteil des Kapitals des Kreises zu nutzen, die kreisangehörigen Städte damit nur minimal zu unterstützen und parallel den Kreis deutlich zu schwächen. Vielmehr sollte das Eigenkapital nicht reduziert werden und der Kreis in Hinblick auf die immensen Herausforderungen in den kommenden Jahren flexibel bleiben.

KA Hagling betont, dass die aus der Corona-Pandemie resultierende finanzielle Last gerecht und mit Augenmaß zu verteilen sei. In dieser Hinsicht fordert sie ein Tätigwerden des Landkreistages Nordrhein-Westfalen. Dieser solle die Bundesregierung dazu bewegen, dass sich die Unternehmen, die durch die Pandemie profitiert haben, an den Kosten beteiligen müssen. Mithin spreche sich die Fraktion UWG-ME für eine Ausbuchung gegen das Eigenkapital aus und beantragt eine entsprechende Abstimmung. Die kreisangehörigen Städte bräuchten ausreichend Planungssicherheit und finanzielle Spielräume für anstehende Aufgaben. Eine Abschreibung über 20 Jahre würde die Spielräume weiter einschränken und die kommunale Entwicklung spürbar erschweren.

KA Madeia geht auf die Ausführungen von KA Hübinger ein. Aus seiner Sicht zeugen dessen Aussagen von keiner großen Affinität zum Kreis bzw. von keiner Argumentation im Kreisinteresse, obwohl er Kreistagsmitglied und zugleich Landratskandidat sei.

KA Ehlert äußert Unverständnis über die Aussage von KA Madeia, zumal es einen ähnlichen Umstand in den Reihen der CDU gebe, denn die CDU-Landratskandidatin und zugleich Bürgermeisterin Dr. Warnecke habe die Stellungnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an den Kreis zum Einsatz des Eigenkapitals ebenfalls unterzeichnet. Mithin folge er auch nicht der Auffassung der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP. Gewiss habe der Kreis die Corona-Pandemie sowie die Ukraine-Krise (vor-)finanziert. Allerdings haben die Städte auch selbst bereits erhebliche finanzielle Aufwendungen hierfür geleistet, um beispielsweise den Distanzunterricht zu ermöglichen oder die Unterbringung der Ukraine-Flüchtlinge in ihren Städten gewährleisten zu können. Diese aufgelaufenen Kosten hingegen können sich die Städte lediglich über die (erhöhte) Grundsteuer bzw. Gewerbesteuer ‚zurückholen‘; dies sei ein kontraproduktives Vorgehen. Darüber hinaus besitze Eigenkapital kreisseitig weniger Bedeutung als auf Seiten der kreisangehörigen Städte (Kontext: Vorgaben einer Haushaltssicherung). Des Weiteren betont KA Ehlert, dass der Kreis zwar die in der Pandemie und Ukraine-Krise notwendigen Finanzmittel aus eigener Liquidität gestemmt habe. Allerdings sei „Liquidität“ für die allermeisten kreisangehörigen Städte ein Fremdwort. Abschließend erläutert KA Ehlert exemplarisch die Finanzsituation der Stadt Erkrath und betont nachdrücklich die Erforderlichkeit einer finanziellen Entlastung der kreisangehörigen Städte.

KA Küppers führt an, dass es zwar eines widerstandsfähigen Kreises bedürfe. Allerdings besitzen die Städte derzeit den größeren Bedarf und müssen gestärkt werden. Daher werde die Fraktion PIRATEN plus dieses Mal die Beschlussvorlage der Verwaltung ablehnen.

Für KA Völker habe der Kreistag die Interessen des Kreises in den Fokus zu nehmen. Zudem bemängelt er fehlende Lösungsansätze der SPD-Fraktion.

KA Brixius äußert sein Unverständnis über das teilweise widersprüchliche Abstimmungsverhalten von Kreistagsmitgliedern, welche zugleich Ratsmitglieder in Ratingen seien.

Für KA Joseph stellt sich anhand des Beispiels der Stadt Hilden die Frage, weshalb der Kreis Eigenkapital ‚opfern‘ solle, solange es kreisangehörige Städte gebe, welche selbst nicht bereit seien, eigene Standards zu senken oder Einsparmaßnahmen zu ergreifen.

KA Madeia merkt an, dass eine Schwächung der Finanzsituation des Kreises – bei allem Verständnis für die Situation der kreisangehörigen Städte – auch nicht im Interesse der kreisangehörigen Städte liegen könne.

KA Geyer führt zur ablehnenden Haltung der SPD-Fraktion aus. Die den kreisangehörigen Städten durch die vorgesehene Abschreibung nicht mehr zur Verfügung stehenden Finanzmittel werden in konkreten Projekten vor Ort, etwa bei der Förderung von Sportvereinen, fehlen. Zudem verweist er auf die Notwendigkeit intelligenter Investitionen durch den Kreis.

Abschließend äußert sich Landrat Hendele zu einigen in der Beratung vorgetragenen Aspekten. Zunächst sei es schlichtweg falsch, den Eindruck zu erwecken, der Kreis könne die prekäre Finanzlage der Städte retten. Vielmehr sei für eine effektive finanzielle Entlastung der Städte entscheidend, dass sich die Finanzierung der Kommunen an den ihnen übertragenen Aufgaben orientiere. Auch eine Begleichung der kommunalen Altschulden löse dieses Problem nicht gänzlich und könne nur vorübergehend Abhilfe schaffen. Zu den Forderungen, der Kreis müsse seine kreisangehörigen Städte stärker finanziell unterstützen, äußert Landrat Hendele Unverständnis. Der Kreis orientiere sich bereits äußerst stark an den Interessen der kreisangehörigen Städte. Dies zeige sich u.a. dadurch, dass die seit Beginn der Coronapandemie angefallenen Kosten nicht in die jährliche Kreisumlage eingerechnet worden seien, sondern de facto als zinsloses Darlehen durch den Kreis bilanziell isoliert worden seien. Darüberhinausgehend sei auch die avisierte 20-jährige Abschreibung als weiteres zinsloses Darlehen anzuerkennen. Zudem zeigt sich Landrat Hendele erstaunt, dass sich während der gesamten Debatte bislang niemand die Frage gestellt habe, ob es richtig sei, Vermögen zur Begleichung konsumtiver Ausgaben einzusetzen. Der Kreis solle sich in Zukunft eher darauf konzentrieren, die kreisangehörigen Städte in deren Aufgabenwahrnehmung zu unterstützen (interkommunale Zusammenarbeit). Abschließend betont er, dass die Entscheidung in der Verwaltungsführung keineswegs leichtfertig gefällt worden sei. Allerdings sei auch ein finanzschwacher und damit nicht mehr handlungsfähiger Kreis letztlich nur zum Nachteil der kreisangehörigen Städte.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele zunächst über den Antrag der Fraktion UWG-ME abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt, die über die Bilanzierungshilfe isolierten corona- und ukrainebedingten Schäden in Höhe von 30.219.754,02 € gegen das Eigenkapital des Kreises auszubuchen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 12 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion, 4 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME, 3 Ja-Stimmen der Fraktion PIRATEN plus und 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

Sodann lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag aus der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass die über die Bilanzierungshilfe isolierten corona- und ukrainebedingten Schäden in Höhe von 30.219.754,02 € gem. § 6 NKF-CIG ab dem Jahr 2026 auf 20 Jahre linear abgeschrieben werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen

(bei 12 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, 4 Nein-Stimmen der Fraktion UWG-ME, 3 Nein-Stimmen der Fraktion PIRATEN plus und 1 Enthaltung der CDU-Fraktion)

**Zu Punkt 11: Schulentwicklungsplanung Berufskollegs - Einrichtung des Bildungsgangs "Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik" am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen
- Vorlage Nr. 40/013/2025**

KA Hübinger berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Einrichtung des Vollzeit-Bildungsganges „Zweijährige Berufsfachschule mit beruflichen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie den schulischen Teil der Fachhochschulreife im Fachbereich Technik/Naturwissenschaften Schwerpunkt Elektrotechnik“ gemäß APO-BK Anlage C 2 (APO-BK) am Adam-Josef-Cüppers Berufskolleg Ratingen, Minoritenstr. 10, 40878 Ratingen, Schulnummer 173 563, zum Schuljahr 2026/2027 (01.08.2026), einzügig.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 12: Umzug des Förderzentrums Mitte, Standort Erkrath, an den Campus Sandheide
- Vorlage Nr. 40/014/2025**

KA Hübinger berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Umzug des Förderzentrums Mitte, Teilstandort Rathelbeckerweg 45 – 47, 40699 Erkrath, Förderschule des Kreises Mettmann im integrativen Verbund mit den Förderschwerpunkten Emotionale und soziale Entwicklung sowie Lernen - Primar- und Sekundarstufe I und dem Förderschwerpunkt Sprache – Primarstufe, Schulnummer 199746, zum 01.08.2026 an den Campus Sandheide in Erkrath.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 13: Investitionszuschuss für die Umgestaltung in Schloss Hardenberg - Vorlage Nr. 41/007/2025

KA Geyer berichtet.

KA Madeia begrüßt die Vorlage und den damit verbundenen Beschlussvorschlag. Der Investitionszuschuss setze im Norden des Kreises, quasi als Tor bzw. Trittstein in das neanderland an.

KA Kanschat schließt sich den Ausführungen von KA Madeia an und betont, dass der Kreis exakt bei solchen Projekten Teile seines Eigenkapitals unterstützend investieren solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Ausstellung im Naturerlebniszentrum im historischen Schloss Hardenberg in Velbert-Neuiges mit einem einmaligen Investitionskostenzuschuss von 1.100.000 € anteilig mitzufinanzieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 14: Bedarfsplan für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann – weitere Ergänzung wegen Veränderungen in der Krankenhauslandschaft - Vorlage Nr. 38/006/2025
--

KA Switalski berichtet.

Da keine Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele unmittelbar über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte weitere Ergänzung des Bedarfsplans für den Rettungsdienst des Kreises Mettmann vom 13.12.2021 wird unter dem Vorbehalt der Erklärung des Einvernehmens der Verbände der Krankenkassen sowie der betroffenen Städte Langenfeld, Hilden und Monheim am Rhein beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 15: Ergänzung des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann: Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitle: X15) - Vorlage Nr. 61/027/2025
--

KA Gräber berichtet.

Herr Dr. Kopp berichtet, dass die Räte der Städte Velbert und Heiligenhaus zwischenzeitlich ebenfalls zugestimmt haben.

Beschluss:

1. Der in der Sachverhaltsdarstellung beschriebenen Aufwertung der Linie SB19 zu einer XBus-Linie (Projekttitle: X15) wird zugestimmt.
2. Die Linie X15 wird mit Beschlussfassung durch den Kreistag Bestandteil des Nahverkehrsplans für den Kreis Mettmann.
3. Busverkehr Rheinland sowie die Rheinbahn werden mit der betrieblichen Umsetzung der Linie X15 betraut.
4. Die konkrete betriebliche Umsetzung der Linie X15 steht unter dem Vorbehalt
 - a. entsprechender Ratsbeschlüsse durch die mitbedienten Gebietskörperschaften,
 - b. der verbindlichen Zusage einer hundertprozentigen Förderung aller für den durchgängigen verlässlichen Betrieb der Linie X15 notwendigen Elektrobusse durch den VRR sowie
 - c. der abschließenden Klärung aller relevanten vergaberechtlichen Modalitäten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 16: 3. Änderung des Landesentwicklungsplans NRW - Vorlage Nr. 61/029/2025/1

KA Braun-Kohl berichtet.

KA Köster-Flashar begrüßt die kresseitig erarbeitete Stellungnahme. Diese sei trotz der kurzen Frist sehr gelungen. Besonders erwähnenswert sei, dass der Waldschutz als Ziel erhalten werden und nicht zum Grundsatz heruntergestuft werden solle.

KA Janssen lobt die umfangreiche Stellungnahme ebenfalls und hofft, dass die Inhalte im Land auch Gehör finden werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Landrat Hendele über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Die von der Verwaltung im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur 3. Änderung des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW ausgearbeitete Stellungnahme (s. Anlage dieser Vorlage) wird mitgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 17: Resolution an die Landesregierung – Abschaffung der Kitagebühren Hier: Antrag der Fraktion PIRATEN plus vom 14.05.2025 - Vorlage Nr. 01/007/2025
--

Dieser Tagesordnungspunkt wurde – wie unter Tagesordnungspunkt 1.5 festgestellt – von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 18: Nachträge

Zu Punkt 18.1: Planung der Umgestaltung Knotenpunkt K13/Garather Weg in Monheim Hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 30.06.2025 - Vorlage Nr. 23/021/2025

KA Joseph führt die Hintergründe des Antrages der FDP-Fraktion aus und betont nachdrücklich die mit der Parallelität der Maßnahmen verbundenen erheblichen Schwierigkeiten und Einschränkungen, welche den Bürgerinnen und Bürgern mitunter auch nicht mehr erklärbar seien.

Herr Dr. Kopp zeigt Verständnis für den Hintergrund und die Zielsetzung des Antrags. Gleichwohl weist er darauf hin, dass ein vergleichbarer Antrag bereits im zuständigen Ausschuss der Stadt Monheim am Rhein abgelehnt worden sei. Zur Begründung sei angeführt worden, dass die im Zuge der Autobahnsperrung geplanten Umleitungsmaßnahmen ausdrücklich darauf ausgerichtet seien, den zusätzlichen Verkehr nicht durch das Stadtgebiet zu führen, sondern großräumig außen herumzuleiten. Zudem sei die avisierte Maßnahme sowie die zeitliche Komponente mit allen beteiligten Institutionen abgestimmt und final bestätigt worden. Ohnehin sei dies keine allzu umfangreiche bauliche Maßnahme. Zwar handele es sich um zwei umzubauenen Knotenpunkte, allerdings entlang des Streckenverlaufs primär um Markierungs- und Beschilderungsarbeiten. Dazu komme, dass die Ausschreibung bereits erfolgt sei und zeitnah der Submissionstermin anstehe, sodass ein Stoppen der Maßnahme zu Problemen führen würde.

KA Dr. Stapper berichtet über die historisch betrachtet vielen Unfälle an diesem Knotenpunkt und spricht sich für die Maßnahme auch im Sinne des Schutzes der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer und allen voran der Radfahrerinnen und Radfahrern aus.

Auf die Nachfrage von KA Joseph antwortet Herr Dr. Kopp, dass eine Aufhebung der Ausschreibung nicht in Frage komme, da diese nicht zu begründen sei. Im Übrigen sei die Maßnahme im Vorhinein mit allen Beteiligten abgestimmt worden. Überdies könne eine Aufhebung der Ausschreibung zu derzeit nicht näher bezifferbaren Entschädigungszahlungen an die bisherigen Bieter führen.

KA Kanschätsch betont, dass ein Schieben der Maßnahme gegebenenfalls auch mit Mehrkosten für die Maßnahme selbst einhergehen werde.

KA Joseph hält den Antrag aufrecht.

KA Janssen erkennt den wohlmeinenden Gedanken im Sinne der Bürgerinnen und Bürger. Unter Berücksichtigung der Tatsachen, dass ein Schieben der Maßnahme rechtlich gesehen nur äußerst schwierig möglich sei, zu weiteren Kosten führen werde und zudem einen erheblichen Verwaltungsaufwand erzeuge, erkenne er in diesem Vorstoß allerdings eher einen Wahlkampf, welcher durch KA Joseph für Hilden betrieben werde.

KA Madeia beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Landrat Hendele stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Nach der Sitzungsunterbrechung von 18:00 Uhr bis 18:07 wird die Sitzung fortgeführt.

KA Joseph bittet die Verwaltung zuzusagen, dass die Maßnahme so schnell wie möglich umgesetzt werde.

Herr Dr. Kopp sagt zu, dass die Verwaltung alles daran setzen werde, die Maßnahme des Kreises so schnell und mit so wenig Einschränkungen wie möglich umzusetzen.

Sodann zieht KA Joseph den Antrag der FDP-Fraktion zurück.

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 18:10 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen